Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektrisch. Licht, Petroleum und Kerzen.

Albert Kaul, Wein- und Cigarren-Handlung
Albrechtstrasse No. 43 **Dresden** Ecke Pillnitzerstrasse.
Annahme von **Inseraten** und **Abonnements** für die
„Dresdner Nachrichten"

„Wanderer"-Fahrräder
prämiirt Welt-Ausstellung Paris 1900 mit dem
„Grand Prix".
(Einzige höchste Auszeichnung deutscher Fahrräder.)
Fab.-Niederlage: Dresden, Sidonienstr. 7, Ecke Pragerstr.
Eigene Radfahrhalle Antonstrasse 3.

MATTONI'S GIESSHÜBLER natürlicher alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI
in Gieshübl Sauerbrunn.

Plattfusseinlagen leicht und **unzerbrechlich** fertigt unter Garantie des guten Passens **Carl Wendschuch,** Königlich Sächs. Hoflieferant, **Struvestrasse 11.** Sonntags nur von 11 bis 1 Uhr zu sprechen.

Nr. 161. Spiegel: Vorberathung der Handelsverträge. Hofnachrichten, Civilanwärterbeamten, Sächs. Kirchen-Beamten, Samuelsgruppe, Gerichtsverhandlungen. Internationale Kunstausstellung. | Muthmaßl. Witterung: Unsicher. | **Mittwoch, 12. Juni 1901.**

Für die Reisezeit!

Die geehrten **Leser,** welche unser Blatt durch die **hiesige Geschäftsstelle** beziehen und dessen Nachsendung **nach außerhalb** wünschen, wollen der unterzeichneten Geschäftsstelle **rechtzeitig** darüber Mittheilung zugehen lassen, damit die **Ueberweisung** bezw. Zustellung durch die Kaiserliche Post **pünktlich erfolgen kann.** Dem Ueberweisungsantrage ist **deutliche Namens-, Orts- und Wohnungsangabe** beizufügen. Auch ist die erforderliche **Ueberweisungsgebühr** von 1 Mk. für ein Kalender-Vierteljahr, 70 Pfennige für 2 Monate und 40 Pfennige für 1 Monat oder eine kürzere Zeitdauer nebst etwa noch zu entrichtender Bezugsgebühr **vor der Abreise** an uns einzuschicken. Die **Ueberweisungen** verstehen sich **postlagernd,** können im Deutschen Reichspostgebiete aber auch mit **Zustellung des Blattes bis in die Wohnung** beantragt werden; das Bestellgeld von je 14 Pf. für den Monat würde dann gleichfalls **vorher** an uns mit zu zahlen sein.

Bei allen Ueberweisungen nach **Oesterreich** kann eine Vorauszahlung des Bestellgeldes für Zusendung des Blattes bis in die Wohnung an uns nicht erfolgen, da dasselbe durch die k. k. Postämter vom Empfänger am Orte selbst eingezogen wird.

Für Diejenigen, welche die „Dresdner Nachrichten" täglich auf Reisen zu lesen wünschen, aber ihren Aufenthaltsort häufig wechseln, sind besondere **Reise-Kreuzbandsendungen** eingerichtet und beträgt die tägliche Versendung nach jedem Orte im Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn (bis zu 100 Gramm) **8 Pfennige,** nach den Ländern des Weltpostvereins **14 Pfennige.**

Ueberweisungsanträge, Abonnementsbestellungen rc. werden von der unterzeichneten Hauptgeschäftsstelle, sowie von folgenden Annahmestellen entgegengenommen:

Große Klostergasse 5, Johannes Päßler;
Luthervlatz 1 und **Priesnitzstraße 2,** Karl Bielich;
Königsbrückerstr. 39, Fritz Gilbers;
Bürgerstr. 44 (Vorstadt Pieschen), Oswald Funke;
Grunaerstr. 17, Georg Wagner;
Ecke Pillnitzer- und Albrechtstr., Albert Kaul;
Sachsen-Allee 10, Erdmann Hindorf;
Zöllnerstr. 12 (Ecke Striesenerstr.), Max Roll;
Eilenburgerstr. 7, Hinterhaus, I. Etage, am Markgraf Heinrich-Platz (Vorstadt Striesen), Otto Pitz;
Uhlandstr. 17, Otto Bischoff;
Schäferstr. 65, Gust. Seyler;
in **Blasewitz: Tolkewitzerstr. 2,** Heinrich Riebling;
in **Löbtau: Wilsdrufferstr. 4,** C. A. Göpe;
„ **Reisewitzerstr. 31,** Arthur Schmidt;
in **Plauen: Kirchstr. 1** u. **Reisewitzerstr. 2c,** Arthur Matthes.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38.

Zur zollpolitischen Ministerkonferenz.

Obwohl der Schleier des Geheimnisses, der über die Berliner zollpolitische Konferenz der Minister der größeren Einzelstaaten der Verabredung ihrer Theilnehmer gemäß gebreitet wurde, allem Anscheine nach nicht gelüftet worden ist, fährt die manchesterlich-freisinnige Presse fort, sich so zu geberden, als ob sie eingeweiht sei und als ob die Konferenz zu Ergebnissen geführt habe, die zwar die vollständige Erfüllung der eigenen Wünsche und Forderungen bezüglich der neuen Handelsvertragspolitik noch nicht ganz gewähren, aber davon nicht allzu weit abliegen. Durch die vorläufig durchaus unverbürgte, wenn auch unwidersprochen gebliebene Behauptung, daß die ihrem Wesen nach übrigens unverbindlichen Vorbesprechungen der Regierungsvertreter über die Zollfragen u. A. zur Verwerfung des Doppeltarifs und zu einer durchaus unzulänglichen Erhöhung der Getreidezölle geführt haben, soll künstlich der Eindruck konstruirt werden, daß das Kartell der Linken mit seinen bisherigen Agitationen gegen die nationale Schutzzollpolitik den Regierungen derartig Furcht und Schrecken eingeflößt habe, daß ihnen nichts Anderes mehr übrig bliebe, als Schritt für Schritt vor dem gewaltigen Ansturm der Anti-Kornzoll-Liga zurückzuweichen. Durch die Vorspiegelung solcher Erfolge sollen einerseits den Agitationen der freisinnig-sozialdemokratischen Opposition neue Impulse gegeben werden, andererseits haben offenbar die Hauptregisseure der antiagrarischen Bewegung selbst das Bedürfniß, sich mit solchen demagogischen Manövern über die Aussichtslosigkeit ihrer Versuche, die Rückkehr zu einer neuen freihändlerischen Aera anzubahnen, hinwegzutäuschen und das schmerzliche Bewußtsein einigermaßen zu betäuben, daß der künftige Zolltarif und die neuen Handelsverträge doch unter allen Umständen nicht nach manchesterlichen Rezepten gestaltet sein werden.

Daß der Wille der Berliner Ministerkonferenz nicht auf einen grundsätzlichen zollpolitischen Systemwechsel gerichtet gewesen ist, davon zeugt der am Schlusse der Berathungen erfolgte Hinweis des Reichskanzlers Grafen Bülow auf seinen großen Vorgänger und Meister Bismarck. Graf Bülow erklärt in seiner Schlußrede, die Konferenztheilnehmer seien im Sinne des Fürsten Bismarck bestrebt gewesen, in enger Fühlung und den Blick nur auf das Ganze gerichtet, das Wohl der Gesammtheit zu fördern; diese gemeinsame Wirksamkeit werde nicht nur der bedeutungsvollen Tarifvorlage, sondern dem Deutschen Reiche zu Gute kommen, das auf dem gegenseitigen Vertrauen der Bundesstaaten gegründet sei. Wäre die Konferenz im Sinne der freihändlerischen Demokratie verlaufen, dann wäre an ihrem Schlusse eine Berufung nicht auf den ersten Kanzler, sondern vielmehr auf den zweiten Kanzler des Deutschen Reiches, auf Caprivi, am Platze gewesen, auf dessen Thaten als vorbildlich für die Regierungsvertreter der größeren deutschen Einzelstaaten ein freisinniges Berliner Blatt in dem Augenblick hinwies, als die Minister in der Reichshauptstadt zu der zollpolitischen Konferenz zusammentraten. Um den Theilnehmern der Konferenz die Caprivi'sche Handelspolitik recht eindringlich zu empfehlen, wurde die Erinnerung an den 18. Dezember 1891 wachgerufen, an jenen Tag, als der Kaiser die Nachricht von der Annahme der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn u. s. w. durch den Reichstag erhielt und voller Begeisterung ausrief: „Ich glaube, daß die That, die durch Einleitung und Abschluß der Handelsverträge für alle Mit- und Nachwelt als eines der bedeutendsten geschichtlichen Ereignisse dastehen wird, geradezu eine rettende zu nennen ist." Kaiser Wilhelm erhob den Kanzler v. Caprivi in den Grafenstand und fuhr dann fort: „Trotz Verdächtigungen und Schwierigkeiten, die dem Reichskanzler und meinen Räthen von den verschiedensten Seiten gemacht worden sind, ist es uns gelungen, das Vaterland in diese neuen Bahnen einzulenken. Ich bin überzeugt, nicht nur unser Vaterland, sondern Millionen von Unterthanen der anderen Länder, die mit uns bei dem großen Zollverband stehen, werden dereinst diesen Tag segnen. Ich fordere Sie auf, mit mir das Glas zu leeren auf das Wohl des Herrn Reichskanzlers: Seine Excellenz der General der Infanterie v. Caprivi, Graf v. Caprivi, er lebe hoch! und nochmals hoch!! und zum dritten Mal hoch!!!"

Heute ist Graf Caprivi ein todter Mann und von den Irrgängen seiner Politik ist man längst wieder zurückgekommen. Als politische Größe lebt er nur noch in dem Andenken der Freisinnigen und allenfalls auch der Sozialdemokratie fort. Es hatte seinen guten Grund, daß der jetzige Reichskanzler in den Schlußworten, die er an die Theilnehmer der Zollkonferenz richtete, nicht den Geist des Grafen Caprivi, der die Bahnen der Bismarck'schen Politik verlassen hatte, heraufbeschwor, sondern des größten Gegners der Caprivi'schen Politik, des Fürsten Bismarck, gedachte. Das läßt doch deutlich genug erkennen, daß die ministerielle Zollkonferenz im Sinne und im Geiste des großen Kanzlers, des Gründers unserer deutschnationalen Politik, verhandelt hat. Die Zollkonferenz stand, darüber kann ein Zweifel nicht obwalten, auf dem Boden des von Bismarck verwirklichten und vertretenen nationalen Schutzes der Arbeit, der den verstärkten Schutz der Landwirthschaft einschließt. Der Name Bismarck, auf den sich Graf Bülow berief, als er die Zollkonferenz schloß, bedeutet auch in zoll- und handelspolitischer Hinsicht ein Programm, das sich selbstverständlich nicht auf die Lösung von Einzelfragen, wie etwa der Höhe der Getreidezölle und der Einführung eines Doppeltarifs, erstrecken kann. Der Grundgedanke der Bismarck'schen Wirthschaftspolitik war der gleichmäßige Schutz aller Zweige der nationalen Produktion und Arbeit, und hieraus ergab sich ihm folgerichtig die Auffassung, daß Landwirthschaft, Industrie und Handel in der Verwirklichung und Sicherung dieses Schutzes zusammengehen müssen. Es sei hier daran erinnert, daß der im Jahre 1878 erlassene Aufruf zur wirthschaftlichen Sammlung, der die Unterstützung nicht nur der hervorragendsten Vertreter aller produktiven Erwerbszweige und aller großen wirthschaftlichen Verbände, sondern auch der nationalen politischen Parteien bis zum linken Flügel der Nationalliberalen fand und zu dessen Unterstützung 600 Parlamentsmitglieder zählten, an erster Stelle die Unterschrift des Fürsten Bismarck trug. Auch die Berliner Zollkonferenz wird sich schwerlich der Einsicht entzogen haben, daß die neue Zoll- und Handelspolitik aus dieser wirthschaftlichen Sammlungspolitik hervorgehen und auf der Harmonie der Hauptzweige der nationalen Arbeit begründet sein müsse, weil die Interessen der verschiedenen Gruppen der heimischen Produktion solidarisch miteinander verbunden sind. Fürst Bismarck hat ferner mit besonderem Nachdruck die Ueberzeugung vertreten, daß, weil die geltenden Handelsverträge in erster Linie und zum Theil fast ausschließlich für die Landwirthschaft von Nachtheil gewesen sind, diese nunmehr den gerechten Anspruch auf einen verstärkten Zollschutz besitzt. Unermüdlich besonders in seinen letzten Lebensjahren hat der „Alte im Sachsenwalde" betont, daß die Fürsorge für die Landwirthschaft eine der wichtigsten Aufgaben des Staates sein muß. Wenn der Bauernstand zu Grunde geht und die Landwirthschaft des Deutschen Reiches nicht mehr betriebsfähig bleibt, so geht damit das stärkste und gewichtigste Gewerbe zu Grunde, mit dessen Gedeihen beinahe die Existenz der Hälfte der Einnahmen des Reiches verknüpft ist. Von solcher Ueberzeugung muß durchdrungen sein, wer bei zollpolitischen Erörterungen den Namen Bismarck anruft.

Auch ohne nähere Kenntniß der vertraulichen Besprechungen, die in voriger Woche unter den Bevollmächtigten der größeren Bundesstaaten in Berlin stattgefunden haben, darf so viel als feststehend angesehen werden, daß sich gleich der überwiegenden schutzzöllnerischen Mehrheit des Reichstages auch der Bundesrath der Nothwendigkeit einerseits der Erhöhung der Getreidezölle, andererseits des Abschlusses neuer und zwar langfristiger Handelsverträge nicht entziehen wird. Während die Landwirthschaft, um lebenskräftig zu bleiben, erhöhter Schutzzölle bedarf, brauchen die Industrie und der Handel zur Erhaltung ihrer gegenwärtigen Stellung und für ihre gedeihliche Weiterentwickelung Handelsverträge mit längerer Geltungsdauer. Der Leiter unserer Reichspolitik stellt heute in zollpolitischer Hinsicht kein unbeschriebenes Blatt Papier mehr dar, so daß die Manchesterleute und Freihändler, die kein anderes Interesse als die einseitige Bevorzugung des Handels kennen, noch auf ihn ihre Hoffnungen richten könnten. Graf Bülow hat seine Zoll- und Handelspolitik bereits insofern programmatisch festgelegt, als er erklärt hat, daß die deutsche Landwirthschaft für ihn keine Quantité négligeable sei, daß sie als das wichtigste Gewerbe, von dem die Selbstständigkeit des Landes abhängt, ein volles Recht auf die Pflege und Förderung von Seite der Regierung habe und daß er daher die Erhöhung der Zollsätze für Getreide für unerläßlich halte. Wer nicht glauben will und kann, daß der Kanzler des Deutschen Reiches seine politischen Ueberzeugungen ändert, wie das Wetter von heute zu morgen wechselt und umschlägt, der wird bis auf Weiteres das Vertrauen hegen dürfen, daß den Worten des Grafen Bülow, der sich offenbar in Uebereinstimmung mit den führenden Ministern der größeren Bundesstaaten befindet, auch die Thaten entsprechen werden.

Neueste Drahtmeldungen vom 11. Juni

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Zolltarif-Entwurf wird nach den Ergebnissen der jüngst stattgehabten Zollkonferenzen umgearbeitet. — Von zuständiger Seite wird versichert, die Nachricht von einer Berufung des Reichstags im September behufs Berathung der Branntweinsteuernovelle sei grundlos. — Im Ministerium für öffentliche Arbeiten fand heute eine Besprechung von Staatsministern mit Vertretern der Regierungen aus Ost- und Westpreußen, sowie Posen über die Nothlage der Landwirthschaft in den genannten Provinzen statt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Konferenz zur Herstellung einer einheitlichen Rechtschreibung tritt am Montag im Reichsamt des Innern zusammen. Die meisten Bundesstaaten werden durch besondere Kommissare vertreten sein. — Der heute hier zusammengetretene Börsenausschuß beschloß, nur die Beschlüsse zu veröffentlichen, im Uebrigen die Verhandlungen als geheim zu behandeln. Von der rechten Seite wurde der Vorschlag gemacht, zur Prüfung der Regierungsvorschläge eine Subkommission einzusetzen, dieser Vorschlag stieß jedoch auf der linken Seite auf heftigen Widerspruch. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Berlin. (Priv.-Tel.) In den „Berl. Pol. Nachr." befinden sich in letzter Zeit mehrfach Auslassungen, die an den Beschlüssen des Reichstags bezüglich der Umgestaltung der Gewerbegerichte scharfe Kritik üben, und die Unannehmbarkeit dieser Beschlüsse nachzuweisen versuchen. Da hier und da die Vermuthung aufgetreten ist, daß die diesbezüglichen Bemerkungen der Korrespondenz einer maßgebenden Stelle entstammen, so theilt die „Kreuzztg." mit, daß diese Vermuthung völlig unzutreffend ist.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Das Reichsgericht verwarf die Revision des Freiherrn Theodor v. Broisch gegen das Urtheil der ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin I vom 19. März d. J. v. Broisch, Leutnant der Garde-Landwehr-Kavallerie, war wegen Betrugs zu einer Geldstrafe von 1000 Mk. event. 100 Tagen Gefängniß verurtheilt worden.

Chemnitz. (Priv.-Tel.) Im benachbarten Ebersdorf sind, wie die Chemnitzer „Allg. Ztg." meldet, große Steinkohlenfelder erbohrt worden. Das Areal umfaßt einen Bezirk von sieben Dörfern.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Der Kongreß der Tabak- und Cigarrenladen-Inhaber beschloß eine Petition an den Reichstag, in der gebeten wird, die Zahl der Tage, an denen der Neunuhr-Ladenschluß außer Wirksamkeit gesetzt wird, von 40 auf 52 zu erhöhen.

Braunschweig. (Priv.-Tel.) Zu der Blätternachricht, daß sich der Großherzog von Sachsen-Weimar mit der Tochter des Herzogs von Cumberland verloben werde, telegraphirte der Kabinetssekretär des Herzogs, daß dieses Gerücht jeder Begründung entbehre.

Breslau. (Priv.-Tel.) Während der Fahrt von Schönbrunn nach Troppau wurde der deutsche Arbeiter Albert Lutar aus Ratibor von Czechen aus Nationalitätenhaß aus dem Waggon geworfen, sodaß er vom Zuge zermalmt wurde.

Breslau. (Priv.-Tel.) Zu einem oberschlesischen Städtebund-Theater erklärten Königshütte, Kattowitz und Gleiwitz ihren Beitritt. Der Sitz des Theaters soll Königshütte sein. Vorstellungen sollen auch in großen Industriedörfern stattfinden. Der Beginn der Vorstellungen ist auf Oktober festgesetzt. Das Unternehmen soll von großindustriellen Werken subventionirt werden und bringt Volksstücke, Schauspiele, sowie Einakter mit Variété.

Marburg. (Priv.-Tel.) Heute begann vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen den 40jährigen Winzer Franz Bratusza, der seine 12jährige Tochter Johanna erwürgt, zerstückelt, gebraten und dann von dem Leichnam gegessen hatte. Sein Weib ist mitangeklagt.

Wien. Unter den gestern im Abgeordnetenhause eingebrachten Interpellationen befindet sich eine solche von Kozlowski und Genossen, worin von der Regierung die Mittheilung des Planes verlangt wird, welchen sie bei der Zoll- und Handelspolitik künftig befolgen will. Weiter verlangt die Interpellation Einleitung von Schritten zur Verhinderung der Erhöhung der Zölle für die Einfuhr landwirthschaftlicher Artikel nach Deutschland, sowie die Erleichterung der Einfuhr von Schlacht- und Zuchtvieh und von Pferden nach Deutschland, Frankreich, der Schweiz und England. Ferner wird interpellirt über die Ausführung der Veterinär-Konvention seitens des Deutschen Reiches.

Wien. (Priv.-Tel.) Oesterreichische Delegation. Bei Beginn der Sitzung beantwortete der Minister des Aeußern mehrere Interpellationen, darunter eine solche über die Angelegenheit der Massenausweisungen aus den Staatswerken in Dessau, und erklärte, es sei ihm davon nichts bekannt als das, was in einem Wiener Blatte gestanden habe. Man müsse aber annehmen, daß die Meldung nicht ganz richtig sei, da sonst der Gesandte in Dresden ihm jedenfalls darüber berichtet hätte. Er habe übrigens den Gesandten sofort beauftragt, darüber Erhebungen anzustellen. Wenn die Meldung auf Wahrheit beruhe, würde er, wie immer, bereit sein, alles Mögliche zu thun, um bei der betreffenden Regierung das Interesse der Leute zu vertreten, er glaube aber kaum, daß es so sei, da er davon etwas wissen müsse. Er mache übrigens darauf aufmerksam, daß gerade während der

Friedrich & Glöckner, Detailverkauf Dresden-A., -Neust., -Friedrichst., Pieschen u. Löbtau.
Spezialität: Oelfarben, Lacke, Firnisse, Schnellfr.-Farben, gebr. gesch.